

WAHLEN | WÄHLEN



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

2007 hat Österreich als erstes Land in Europa das aktive Wahlrecht auf 16 und das passive Wahlrecht auf 18 Jahre gesenkt. Damit hat Österreich eine Vorreiterrolle in Europa eingenommen und eine zentrale Forderung der UN-Kinderrechtskonvention nach adäquater politischer Partizipation von Jugendlichen erfüllt. Die Wahlaltersenkung wurde u.a. mit einer Lehrplanreform zur Stärkung der Politischen Bildung begleitet. Wir haben in einem Spezial zum 15-Jahr-Jubiläum dieser Reform nachgefragt, wie Organisationen, die mit und für Jugendliche arbeiten, die Entwicklungen seither einordnen.

Wahlen stellen eine der zentralen Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung und Mitentscheidung dar. Die vorliegende Ausgabe von *polis* aktuell gibt daher auch einen Überblick über die nationalen Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sowie über die Europawahl. Weitere Themen sind die Unterschiede zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlrecht am Beispiel der Präsidentschaftswahl in den USA, E-Democracy, Ausschlüsse am Beispiel der Pass-Egal-Wahl, Wahlkampf und Wahlprognosen. Außerdem wird in einem Beitrag der Initiative Wahlbeobachtung.org die Bedeutung von Wahlbeobachtung dargestellt.

Gerade in Zeiten, in denen das Vertrauen in Politik und Demokratie in vielfältiger Weise auf die Probe gestellt wird, ist es wichtig, auch die klassischen

Instrumente der politischen Partizipation wieder vermehrt in den Mittelpunkt zu rücken und über ihre Wichtigkeit ebenso wie über die Notwendigkeit, sie weiterzuentwickeln, zu reflektieren.

Wie immer enthält das Heft Ideen für den Unterricht sowie Link- und Literaturtipps. Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Umsetzung des Themas.

Ihr Team von Zentrum *polis*

> service@politik-lernen.at

INHALT

1	Warum wählen?	3
2	Wie Politik lernen?	4
3	Wahlen in Österreich	5
	Spezial: 15 Jahre Wählen ab 16	11
4	Verhältnis- versus Mehrheitswahlrecht	19
5	Elektronisch wählen	20
6	Wahlrecht für alle in Österreich?	21
7	Wahlbeobachtung in Österreich	23
8	Wahlkampf und Wahlprognosen	24
9	Link- und Materialtipps	27



**PARTIZIPATION VON KINDERN
UND JUGENDLICHEN**
polis aktuell 4/2021

> [www.politik-lernen.at/
pa_partizipation](http://www.politik-lernen.at/pa_partizipation)



DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS
polis aktuell 1/2019

> [www.politik-lernen.at/
pa_demokratieverstaendnis](http://www.politik-lernen.at/pa_demokratieverstaendnis)



EUROPA MITGESTALTEN
polis aktuell 8/2018

> [www.politik-lernen.at/
pa_europamitgestalten](http://www.politik-lernen.at/pa_europamitgestalten)

1 WARUM WÄHLEN?

Junge Menschen gehen auf die Straße, kämpfen für das Klima, engagieren sich in Initiativen und NGOs gegen Rassismus. Eine aktuelle Jugendstudie unter 14- bis 24-Jährigen zeigt, dass fast jede/r Zweite mit dem Leben unzufrieden ist, jede/r Dritte macht sich Sorgen um die Zukunft. Laut Umfrage sieht die große Mehrheit der Jugendlichen den Klimawandel als Hauptbedrohung in den nächsten 20 Jahren.¹

Jugendliche sind grundsätzlich an politischen Fragen interessiert. Viele (junge) Menschen fragen sich aber:

- Macht es überhaupt Sinn, meine Stimme abzugeben?
- Sind die antretenden Parteien vertrauenswürdig, werden sie die Probleme und Fragen der Zeit lösen können?

Der Österreichische Demokratie-Monitor zeigt, wie die Bevölkerung zunehmend das Vertrauen in die Politik verliert. Bereits 58 % der Befragten meinen, dass das politische System nicht gut funktioniert.

Immerhin denken 88 % der ÖsterreicherInnen nach wie vor, dass die Demokratie die beste Staatsform ist.² Diese gilt es durch eine hohe Wahlbeteiligung zu stärken. Politische Bildung kann u.a. vermitteln, dass das Wahlrecht keine Selbstverständlichkeit ist, sondern hart erkämpft

> WEITERLESEN

■ Entwicklung des Wahlrechts in Österreich

Männer erlangten das allgemeine Wahlrecht in Österreich 1907. Das Wahlrecht für Frauen trat erst 1918 in Österreich in Kraft.

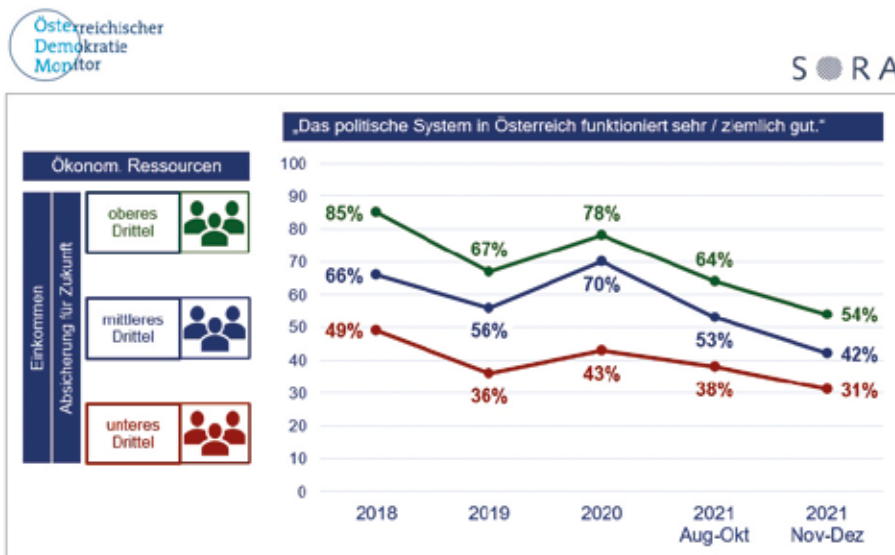
www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/timelines/wahlrechtsentwicklung-in-oesterreich-1848-bis-heute

www.parlament.gv.at/PERK/HIS/WAHL/RECHT/index.shtml

www.politik-lexikon.at/oe1918plus/1919

wurde, kann informieren, welche Parteien für welche Inhalte stehen – und wie sie diese real umsetzen. Allgemein über das Wahlrecht zu sprechen, wird junge WählerInnen kaum motivieren, zur Wahlurne zu gehen. Wenn Politische Bildung klar vermittelt, wie Wählen unsere Demokratie stärkt und populistischer Politik entgegenzutreten vermag, sind Jugendliche dafür zu gewinnen. Denn sie wollen mitbestimmen, welche politischen Kräfte ihre Zukunft gestalten werden.

Die Teilnahme an Schuldemokratie und die Auseinandersetzung mit dem Thema „Wählen ab 16“ spielen in der Entscheidung, erstmals wählen zu gehen, eine wichtige Rolle. Didaktisch gut vorbereitete politische Diskussionen regen dazu an, sich nachhaltig für Politik und Wahlen zu interessieren.³ Politische Bildung stellt klar: Angesichts sogenannter „illiberaler Demokratien“ in Europa zählt jede Stimme; extremistischen Stimmen, wie aktuell in der Corona-Krise deutlich vernehmbar, ist entschieden entgegenzutreten.



Daten: Österreichischer Demokratie Monitor 2018, 2019, 2020, Aug-Okt 2021 & Follow-Up Erhebung Nov-Dez 2021

Quelle: SORA

www.demokratiemonitor.at/ergebnis/systemvertrauen-auf-tiefpunkt

- 1 Allianz Jugendstudie 2021, Juni 2021 <https://docplayer.org/216273859-Allianz-jugendstudie-2021.html>
- 2 Der Demokratie Monitor befragt seit 2018 einmal pro Jahr Menschen in Österreich, wie sie das politische System bewerten und wie sie sich an politischen Diskussionen und Entscheidungen beteiligen. Ein besonderer Fokus liegt auf den jungen Menschen. www.demokratiemonitor.at
- 3 Sylvia Kritzinger, Markus Wagner und Josef Glavanovits: Wählen mit 16 – ErstwählerInnen bei der Nationalratswahl 2017. Wien, 2018. www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Endbericht_NRW_2017_final.pdf

2 WIE POLITIK LERNEN?

„Ich kann sowieso nichts verändern“, sagen Jugendliche gelegentlich, wenn sie gefragt werden, ob sie wählen gehen. Oder sie meinen: „Alle Parteien sind gleich, es ist egal, wer regiert.“

Was kann Politische Bildung dem entgegensetzen?

- Einerseits Informationen darüber vermitteln, wie Wahlergebnisse Politik verändern können,
- und andererseits persönlichen Bezug zu politischen Themen herstellen.

Beides bedarf eines längeren Zeitraums, in dem Schüler und Schülerinnen die Möglichkeit haben, ihr Interesse an Politik zu entdecken, Zusammenhänge zu erkennen und Positionen zu beziehen.

Der Politischen Bildung stehen heute, nicht zuletzt aufgrund einer coronabedingten beschleunigten Digitalisierung, viele Tools zur Verfügung, um spielerische und kreative Zugänge zu ermöglichen.

Um das Interesse der Jugendlichen an Partizipation über die Schule hinaus zu wecken und den Erkenntnisprozess zu verselbständigen, bedarf es einer speziellen Lernatmosphäre in der Politischen Bildung. Diese wird durch Materialien und Methoden befördert, die veranschaulichen und vertiefen sollen. Gruppenarbeiten, Recherchen und Diskussionen sind wesentliche Elemente Politischer Bildung. Zentral ist dabei eine Lehrperson, die ermutigt, sich mit komplexen Inhalten zu beschäftigen, und den Raum für Meinungsfreiheit und Interesse schafft.

> TIPP LINK

■ Demokratiebildung gegen antidemokratische Tendenzen

Markus Pausch, Patricia Hladschik, Filip Pazderski, Rasha Nagem. Salzburg, Strasbourg, Toulouse, Wien, Warschau, 2021.

52 Seiten. ISBN 978-83-7689-393-8

www.politik-lernen.at/demokratiebildung-gegen-antidemokratische-tendenzen



Eine ehemalige Schülerin erinnert sich viele Jahre später: „Wir haben uns Dienstag nachmittags getroffen, eine Art Wahlfach oder Neigungsgruppe, die Lehrerin trat mit Schwung ein, öffnete ihre Aktentasche und warf einen Stapel Zeitungen auf den Tisch. Kronenzeitung, es war einfach zu lesen. Im Laufe eines Schuljahres lasen wir über den Falklandkrieg, den Terrorangriff auf den jüdischen Stadttempel in Wien, die Demonstrationen gegen Atomkraft und erfuhren über Aids. **Wir stellten Fragen, redeten durcheinander, diskutierten und fühlten uns mit einem Mal erwachsen. Unsere Meinung wurde gehört, ohne dass eine weitere Erwartung damit verbunden wurde.** Wir interessierten uns für die Welt, stellten Zusammenhänge her, entwickelten Theorien, wurden Feministinnen. Es gab keinen Zwang zur Mitarbeit und doch gab es niemanden, der sich nicht zu Wort meldete. Manchmal erzählte die Lehrerin eine Geschichte aus ihrem Leben, gelegentlich brachte sie Fotos mit oder projizierte Statistiken an die Wand. Sie kritzelte auf die Folie des Overheadprojektors, erläuterte den Zusammenhang von Hunger und Kolonialismus und machte kein Hehl aus ihrer Abneigung ausländischer Parteien gegenüber. **Hat sie uns politisiert? Ja. War sie jemals neutral? Nein.** Seit damals engagiere ich mich politisch, sie hat mich mit ihrer Politischen Bildung angesteckt.“

Was darf Politische Bildung?

Phillip Mittnik, Georg Lauss, Stefan Schmid-Heher. Wien: Zentrum für Politische Bildung, 2018.

Eine Handreichung für Lehrkräfte für den Unterricht in Politischer Bildung
www.politik-lernen.at/was-darfb

Podcast Richtig & Falsch: Keine Angst vor Spontaneität

Wie gehen Lehrkräfte mit Kontroversen in der Klasse um? Ist es falsch, neutral sein zu wollen?

www.politik-lernen.at/pilot-folge_richtigundfalsch

Politik wagen, ein Argumentationstraining.

Wochenschau Verlag, 2016. Christian Boeser-Schnebel, Klaus-Peter Hufer u.a.:

Das Buch hilft, die eigene politische Urteilsfähigkeit weiterzuentwickeln und die individuelle politische Handlungsfähigkeit auszubauen.

3 WAHLEN IN ÖSTERREICH



Um SchülerInnen zu motivieren, sich für Wahlen zu interessieren, ist ein Überblick „wann und was kann ich denn überhaupt wählen“ wichtig. So ist die Auswirkung einer Stimmabgabe bei einer Gemeinderatswahl näher an der Lebensrealität der jungen WählerInnen als bei der Wahl des Europäischen Parlaments.

In Österreich gibt es Wahlen zu folgenden politischen Institutionen bzw. Ämtern:

- Nationalrat (alle fünf Jahre)
- Landtag (alle fünf Jahre, in OÖ alle sechs Jahre)
- Gemeinderat (alle fünf Jahre bzw. sechs Jahre)
- BundespräsidentIn (alle sechs Jahre)
- Europäisches Parlament (alle fünf Jahre)

Darüber hinaus finden in Österreich Wahlen zu verschiedenen Interessenvertretungen statt. Jugendliche können sich als KandidatInnen teilweise selbst daran beteiligen. Beispiele:

- Vertretungen im Rahmen der Schuldemokratie (Klassen- und SchulsprecherInnen, Schulgemeinschaftsausschuss, Schulparlament etc.)
- Vertretungen der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH)
- VertreterInnen in Betrieben bzw. in den Kammern (Arbeiter-, Wirtschafts-, Landwirtschaftskammer)
- Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen sind Mittel der „direkten Demokratie“, durch welche BürgerInnen ihre Anliegen äußern bzw. Entscheidungen treffen können.

> TIPP LINKS

- Wann wird wo gewählt? SORA-Wahlkalender www.sora.at/suche-download/wahlkalender.html
- Überblick über das Wahlrecht in Österreich auf der Seite des Innenministeriums www.bmi.gv.at/412

WAHLGRUNDSÄTZE

Wahlen sind ein wichtiges Instrument der Demokratie, für das klare Grundsätze gelten, die eingehalten werden müssen. Diese sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.⁴

Allgemeines Wahlrecht: Alle Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind, haben grundsätzlich das Recht zu wählen (aktives Wahlrecht⁵) und gewählt zu werden (passives Wahlrecht⁵). Nicht österreichische EU-BürgerInnen haben das Recht, an Gemeinderatswahlen bzw. in Wien an Bezirksvertretungswahlen sowie an Europawahlen teilzunehmen. Vom Wahlrecht ausgeschlossen werden kann man aufgrund einer gerichtlichen Verurteilung.⁶

In Österreich besteht keine Wahlpflicht.

Gleiches Wahlrecht: Jeder wahlberechtigten Staatsbürgerin und jedem wahlberechtigten Staatsbürger kommt eine Stimme zu und jede Stimme hat den gleichen Wert.

Persönliches Wahlrecht: Das Wahlrecht muss persönlich ausgeübt werden, d.h. die Wählenden können sich nicht vertreten lassen. Eine Ausnahme bilden körper- oder sinnesbehinderte Menschen, die zum Ausfüllen des Stimmzettels auf fremde Hilfe angewiesen sind. Sie können sich von einer Person ihres Vertrauens unterstützen lassen.

Freies Wahlrecht: Es ist gewährleistet, dass jede Wahlentscheidung ohne Zwang oder Behinderung getroffen werden kann.

Geheimes Wahlrecht: Durch Maßnahmen wie Wahlzelle, Wahlkuvert und Wahlurne wird sichergestellt, dass die Wahlentscheidung geheim gehalten wird.

Unmittelbares Wahlrecht: Die Abgeordneten werden direkt vom Volk gewählt (und nicht durch Wahlmänner oder Wahlfrauen wie z.B. in den USA). Durch die Abgabe einer Vorzugsstimme kann außerdem eine Kandidatin bzw. ein Kandidat hervorgehoben werden.

4 Siehe dazu Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Artikel 26 und 27 www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138 sowie oesterreich.gv.at > Wahlgrundsätze www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/1/Seite.320220.html

5 Bzgl. Altersregelung siehe www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/1/Seite.320210.html

6 Gerichte entscheiden im Einzelfall, ob Personen, die rechtskräftig zu einer mehr als fünfjährigen Freiheitsstrafe bzw. bei bestimmten Delikten zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe (z.B. Landesverrat, Wahlbetrug, bestimmte Fälle von Amtsmissbrauch, NS-Wiederbetätigung, Terror, organisierte Kriminalität) rechtskräftig verurteilt wurden, von der Wahl ausgeschlossen werden.

3.1 NATIONALRATSWAHL

Die Gesetzgebungsperiode des Nationalrats beginnt mit der konstituierenden Sitzung und endet, sofern es keine vorgezogene Neuwahl gibt, nach fünf Jahren.⁷

WER HAT DAS RECHT ZU WÄHLEN?

Wählen können alle österreichischen StaatsbürgerInnen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt geworden sind. Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sind, verfügen, sofern sie nicht wegen einer gerichtlichen Verurteilung vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, über das passive Wahlrecht.⁸

AuslandsösterreicherInnen sowie Personen, die sich zum Zeitpunkt der Wahl nicht an ihrem Wohnsitz aufhalten bzw. bettlägerig oder nicht geh- und transportfähig sind, können vor dem Wahltermin schriftlich eine Wahlkarte beantragen.⁹ Darüber hinaus gibt es sogenannte „fliegende Wahlbehörden“, die beispielsweise in Krankenhäuser oder Pflegeheime kommen.¹⁰

> TIPP LINK

- **Demokratiewebstatt** des Österreichischen Parlaments. Informationen zum Thema Wählen und Wahlrecht in leicht verständlicher Sprache.

www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-wahlen



WELCHE GRUPPIERUNGEN KÖNNEN BEI DER NATIONALRATSWAHL ANTRETEN?

Um zur Wahl zugelassen zu werden, muss von der wahlwerbenden Gruppe eine Hürde genommen werden. Das soll verhindern, dass sich eine unübersichtlich große Anzahl an Gruppen einer Wahl stellt. So muss die wahlwerbende Gruppe eine bestimmte Zahl an Unterstützungserklärungen¹¹ vorlegen. Alternativ dazu kann die wahlwerbende Gruppe auch die Unterstützung von mindestens drei Nationalratsabgeordneten nachweisen. Für Parteien, die bereits im Nationalrat vertreten sind, ist diese Hürde meist

leicht zu nehmen. Außerdem muss jede wahlwerbende Gruppe eine Liste von Personen hinterlegen, die bereit sind, ein erworbenes Mandat auszuüben.

> TIPP METHODE

Wer soll das Volk vertreten?

Die SchülerInnen überlegen in Kleingruppen, welche Eigenschaften und Kompetenzen ihrer Meinung nach Personen haben sollten, die sich für ein politisches Amt bewerben. Gibt es Persönlichkeiten, die besonders geeignet wären? Warum? Diskutieren Sie die Ergebnisse in der Klasse.

Ziel: Reflexion über Berufsethos und Kompetenzen von VolksvertreterInnen.

WIE GRÜNDET MAN EINE POLITISCHE PARTEI?

Die Gründung einer politischen Partei ist relativ einfach. Es bedarf Satzungen, die veröffentlicht sowie beim Bundesministerium für Inneres hinterlegt werden müssen. Damit erlangt eine politische Partei die Rechtspersönlichkeit. Die Gründung politischer Parteien ist grundsätzlich frei, sofern damit nicht gegen das Verbotsgesetz verstoßen wird, das eine nationalsozialistische Wiederbetätigung verbietet.¹² Ende Jänner 2022 umfasste das Parteiverzeichnis 1241 Parteien.¹³

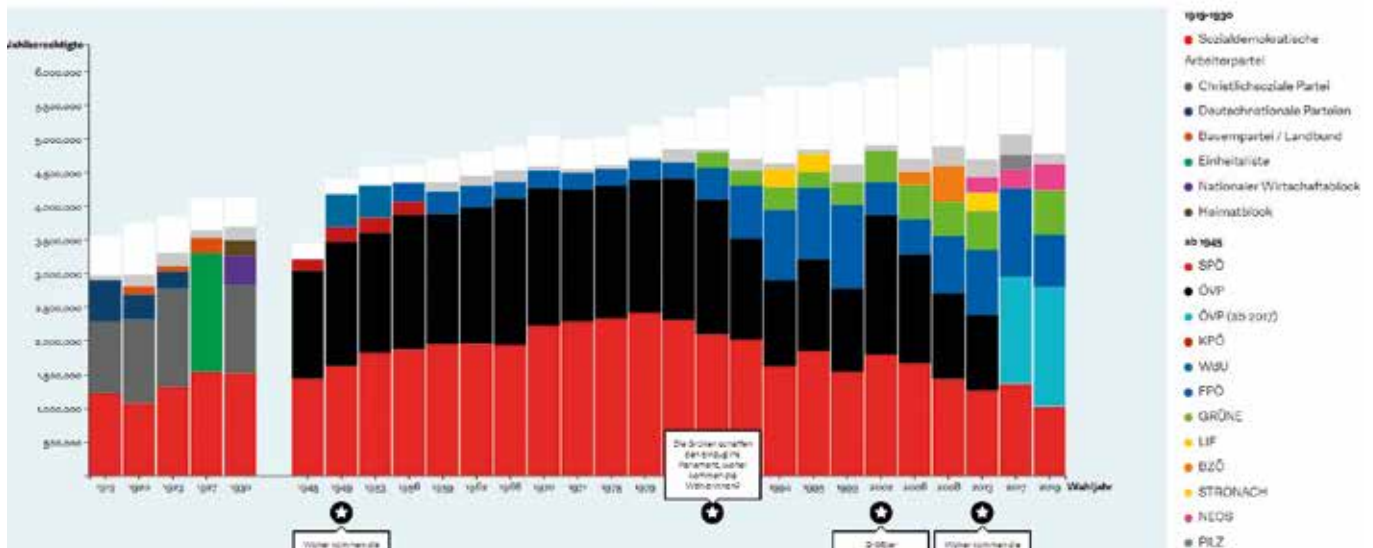
> TIPP LINKS

- **Politiklexikon für junge Leute**
www.politik-lexikon.at/wahlrecht
- **Unterrichtsbeispiel Praxisbörse**
www.politik-lernen.at/werdarfwaehlen

- **meineabgeordneten.at**
Transparenzplattform, die öffentliche Daten zu den österreichischen Landtags-, Nationalrats- und Europaabgeordneten, den Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundesrats etc. bereitstellt.
www.meineabgeordneten.at | @MeineAbg



7 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Artikel 26 und 27 www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=1000138
8 oesterreich.gv.at > Nationalratswahl: www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/5/Seite.320610.html
9 oesterreich.gv.at > Wahlkarte/Stimmkarte (gilt für alle Wahlen) www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/6/Seite.320520.html
10 oesterreich.gv.at > Besuch durch die „fliegende Wahlkommission“ www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/6/Seite.320530.html
11 Dies sind für einen Landeswahlvorschlag in Wien und Niederösterreich jeweils 500, in Oberösterreich und der Steiermark je 400, in Kärnten, Salzburg und Tirol je 200 und im Burgenland und in Vorarlberg je 100 Unterstützungserklärungen. Für eine bundesweite Kandidatur sind mindestens 2.600 Unterstützungserklärungen nötig. Vgl. Bundesministerium für Inneres. Wie kann man bei einer Nationalratswahl kandidieren? www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Wie_kann_man_bei_einer_Nationalratswahl_kandidieren.aspx
12 Österreichisches Parlament > Wie gründet man eine Partei?: www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/PART/index.shtml
13 www.bmi.gv.at/405/start.aspx



Quelle: SORA und Haus der Geschichte Österreich, www.sora.at/wahlen/index.html

> TIPP RECHERCHE

Auf der Website von SORA gibt es ein interaktives Tool über das **Wahlverhalten der letzten 100 Jahre in Österreich**, anhand dessen die WählerInnenströme der einzelnen Nationalratswahlen abgerufen werden können.

www.sora.at/wahlen/index.html

Die SchülerInnen recherchieren in Gruppen, wie sich das Wahlverhalten in den letzten 10, 20, 30 etc. Jahren verändert hat. Wann waren Parteien besonders stark oder verloren dann wieder Stimmen? Wann konnten sich neue Parteien profilieren und welche Gründe könnten dafür vorliegen?

MANDATSVERTEILUNG

Die Nationalratswahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Das heißt, die Mandate werden entsprechend dem prozentuellen Stimmenanteil an die wahlwerbenden Gruppen vergeben. Wie viele Stimmen jeweils für das Erreichen eines Mandats nötig sind, wird durch die „Wahlzahl“ ermittelt. Um in den Nationalrat einzuziehen, müssen die Parteien bundesweit mehr als vier Prozent der Stimmen oder ein sogenanntes Grundmandat in einem der Wahlkreise erreichen.¹⁴ Die Vergabe der Mandate an einzelne Personen richtet sich nach der Reihenfolge der KandidatInnen auf den Wahllisten. Je weiter vorne jemand auf der Liste steht, desto größer ist die Chance, ein Mandat zu erreichen. Mittels der Vergabe von Vorzugsstimmen können die Wählenden diese Reihung beeinflussen.¹⁵

> TIPP LINK

■ Von der Stimme zum Mandat

Wahlkreise und Mandatsberechnung bei Nationalratswahlen (Addendum)

<https://vis.strategieanalysen.at/mandate>

> TIPP RECHERCHE

Politische Partizipation von Frauen

Die SchülerInnen recherchieren die Entwicklung des Frauenwahlrechts in Österreich und die Repräsentanz von Frauen im Nationalrat im Lauf der Jahrzehnte. Wie sieht es in anderen Ländern aus? Welche Vor- und Nachteile hat die Einführung einer Quotenregelung?

Vertiefung: Welche anderen Gruppen sollten sichtbar im Parlament vertreten sein?

■ polis aktuell 2/2021: Frauenrechte

www.politik-lernen.at/pa_frauenrechte

■ Erster Wiener Protestwanderweg

Station Parlament/Kapitel 4 Frauenwahlrecht

www.protestwanderweg.at/parlm/parlament_07.php

■ Mediathek des Österreichischen Parlaments

Podcast und Erklärvideos, z.B. Folge 8 des Podcasts zum Frauenwahlrecht

www.parlament.gv.at/MEDIA/POD/FOLGE8/index.shtml

¹⁴ Österreichisches Parlament > Wahlen: www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/WAHL sowie www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/WAHL/ERMNRWAHL

¹⁵ Vgl. www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/1/Seite.320260.html

3.2 BUNDESPRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Der/die BundespräsidentIn ist das Oberhaupt der Republik Österreich und wird alle sechs Jahre für maximal zwei Funktionsperioden von den BürgerInnen direkt gewählt. WählerInnen müssen am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben, österreichische StaatsbürgerInnen sein und das Wahlrecht zum Nationalrat besitzen.

Zur Kandidatur berechtigt sind alle österreichischen StaatsbürgerInnen, die am Wahltag mindestens 35 Jahre alt sind, sofern kein Ausschließungsgrund vorliegt. Für die Kandidatur muss ein Wahlvorschlag eingebracht werden. Dieser ist nur rechtsgültig, wenn mindestens 6.000 Unterstützungserklärungen vorliegen.

Zu den Aufgaben des Bundespräsidenten zählen unter anderem die Vertretung der Republik nach außen, der Oberbefehl über das Bundesheer sowie die Beurkundung der Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen. Bisher gab es in Österreich noch keine Bundespräsidentin.

Um zur Bundespräsidentin oder zum Bundespräsidenten gewählt zu werden, ist das Erreichen von mehr als der Hälfte aller gültigen Stimmen erforderlich. Erlangt keineR der BewerberInnen eine solche Mehrheit, so findet vier Wochen nach dem ersten Wahlgang ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die beiden stimmenstärksten KandidatInnen in einer Stichwahl gegeneinander antreten.

BUNDESPRÄSIDENTSCHAFTSWAHL 2016



Wikimedia Commons

Die letzte Bundespräsidentenwahl ging knapp aus. Alexander Van der Bellen (Grüne), erhielt 50,35 %, Norbert Hofer (FPÖ) 49,64 % der gültigen Stimmen, die Wahlbeteiligung betrug 72,7 %.

Der Verfassungsgerichtshof entschied bei der Stichwahl, dass diese aufgrund von Formfehlern und einer nicht korrekten Abwicklung des Wahlvorgangs wiederholt werden musste. Auch die Wiederholung der Stichwahl lief nicht reibungslos ab, so musste der festgelegte Termin am 2. Oktober aufgrund von fehlerhaften Wahlkarten auf den 4. Dezember 2016 verschoben werden.

Die nächste Funktionsperiode nach der Wahl im Herbst 2022 beginnt mit der Angelobung vor der Bundesversammlung am 26. Jänner 2023.

> TIPP DISKUSSION

Die vergangenen Wahlen haben aufgrund der Covid-19-Pandemie in vielen Staaten einen hohen Anstieg von BriefwählerInnen mit sich gebracht. Inwieweit steht die Briefwahl in einem Spannungsverhältnis zu den Grundsätzen der freien und geheimen Wahl?



- Die ungelösten Probleme der Briefwahl (Standard, 5. März 2021)

www.derstandard.at/story/2000124675514/die-ungeloesten-probleme-der-briefwahl

> TIPP LINKS

- Informationen zur Bundespräsidentenwahl: www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/5/Seite.320611.html
- Infos zur Bundespräsidentenwahl 2016: www.bmi.gv.at/412/Bundespraesidentenwahlen
- Österreichisches Wort des Jahres 2016: „Bundespräsidentenstichwahlwiederholungsverschiebung“ www.politik-lexikon.at/oesterreich1918plus/2016
- Manfred Welan: Die Wahl zum Bundespräsidenten/Bundespräsidentin, aus: IzPB 41, 2017, S. 14 bis 22) <https://bit.ly/36q78l0>

> TIPP METHODE

Wen will ich wählen?

Die Klasse arbeitet in Kleingruppen: Am Beispiel einer bevorstehenden Wahl (z.B. Bundespräsidentenwahl 2022) werden dringende Anliegen an das künftige Staatsoberhaupt formuliert. Anschließend werden die Arbeitsergebnisse verglichen, ein Ranking wird erstellt. Dann wird geklärt: Ist der/die BundespräsidentIn für die Wünsche der SchülerInnen überhaupt zuständig?

3.3 LANDTAGS- UND GEMEINDERATSWAHLEN

Die Landtage sind die Parlamente der einzelnen Bundesländer. Sie beschließen Gesetze und kontrollieren die Landesregierungen. Die Landtagsabgeordneten werden in den Bundesländern nach dem Prinzip des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Verhältniswahlrechts gewählt.

Die Gesetzgebungsperiode in den Landtagen ist nicht in allen Ländern gleich, sie beträgt fünf oder sechs Jahre. Aktiv wahlberechtigt sind Personen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt und österreichische StaatsbürgerInnen sind sowie grundsätzlich ihren Hauptwohnsitz im jeweiligen Bundesland haben.

Bei der Gemeinderatswahl sind alle österreichischen StaatsbürgerInnen sowie nicht österreichische EU-BürgerInnen, die in der jeweiligen Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben und am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind, wahlberechtigt. Bei BürgermeisterInnenwahlen gilt das Mehrheitswahlrecht. Falls eine Person im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erreicht, findet eine Stichwahl statt.

> TIPP LINK

- Informationen zu Wahlen auf Landes- und Gemeindeebene:

www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/5/Seite.320620.html

www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/5/Seite.320621.html



Die Online-Politikorientierungshilfe ermöglicht es, die eigenen Positionen mit den Standpunkten der politischen Parteien abzugleichen. Für den Einsatz im Unterricht werden begleitend Materialien für die Vor- und Nachbereitung zur Verfügung gestellt.

www.wahlkabine.at

www.wahlkabine.at/material

> TIPP LINK

- Politiklexikon für junge Leute

www.politik-lexikon.at/gemeinderat

GEMEINDERATSWAHL WAIDHOFEN AN DER YBBS

Am 30. Jänner 2022 wurde in Waidhofen an der Ybbs der neue Gemeinderat gewählt. Die Partei *Menschen – Freiheit – Grundrechte* (MFG), die Coronaschutzmaßnahmen und die Impfpflicht ablehnt und 2021 gegründet wurde, trat zum ersten Mal an, erlangte auf Anhieb 17 % und wurde somit drittstärkste Partei nach der WVP (= Waidhofner Volkspartei) und SPÖ. Besonders die ÖVP musste große Verluste hinnehmen (von 60 % auf 41 %).¹⁶

- Das Ergebnis in Waidhofen überraschte auch die Wahlsiegerin MFG (Standard, 31. Jänner 2022)

www.derstandard.at/story/2000132988465/das-ergebnis-in-waidhofen-ueberraschte-auch-die-wahlsiegerin-mfg

- Waidhofner Gemeinderatswahl sorgt für Überraschungen (Tips Ybbstal, 31. Jänner 2022)

www.tips.at/nachrichten/ybbstal/wirtschaft-politik/556884-waidhofner-gemeinderatswahl-sorgt-fuer-ueberraschungen

Diskutieren Sie mit den SchülerInnen am Beispiel der Waidhofner Gemeinderatswahl 2022 die Motive, warum Wählerinnen und Wähler ihre Stimme einer neuen Partei geben.

polis aktuell 1/2021:

DIE GEMEINDE ALS POLITISCHE AKTEURIN

Die Gemeinde ist jene politische Akteurin, die am nächsten an der Lebenswelt der SchülerInnen andockt. Das Heft enthält einen einführenden Teil zu Aufgaben, Organen und Finanzierung von Gemeinden sowie Blitzlichter mit Daten und Fakten zu österreichischen Gemeinden. Ein zweiter Teil widmet sich den partizipativen Ansätzen einer lebensweltlich orientierten Politischen Bildung am Beispiel kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten.

www.politik-lernen.at/pa_gemeinde



¹⁶ <https://waidhofen.at/gemeinderatswahl-2022>

3.4 EUROPAAWAHL



Parlamentsgebäude in Straßburg © Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament vertritt alle Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten, somit auch Österreichs. Gemeinsam mit dem Rat der EU ist es u.a. für die Gesetzgebung verantwortlich und spielt eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften. Zahlreiche Kontrollinstrumente ermöglichen es dem Europäischen Parlament, andere EU-Institutionen zu überwachen und zu prüfen.

Alle fünf Jahre findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Wahlberechtigt sind alle Personen, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt sind, die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen sowie nicht österreichische EU-BürgerInnen mit Wohnsitz in Österreich.

Die Europawahl ist eine Direktwahl, bei der die Stimme für eine kandidierende Partei abgegeben wird. Sie erfolgt nach dem Verhältniswahlrecht. Derzeit ist Österreich durch 19 Abgeordnete (von insgesamt 705) im Europäischen Parlament vertreten.

> TIPP LINK

■ Infos zu Europawahlen

www.oesterreich.gv.at/themen/leben_in_oesterreich/wahlen/5/1.html
www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/beheard/elections

EUROPAAWAHL 2019

Bei der letzten Europawahl 2019 betrug die Wahlbeteiligung 50,6 % und war somit gesehen um acht Prozentpunkte höher als 2014. In Österreich lag sie sogar bei 59,8 % und konnte somit eine Steigerung um 14 % verzeichnen.



nen. Speziell junge Menschen konnten motiviert werden, wählen zu gehen. Laut Eurobarometerumfrage haben unter anderem ein stärkeres Bewusstsein für die Pflichten als Bürgerinnen und Bürger sowie ein positiveres Bild über die EU zu einer höheren Wahlbeteiligung beigetragen.¹⁷

> TIPP RECHERCHE

Die SchülerInnen recherchieren, welche Gründe genannt wurden, warum die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl gestiegen ist und welche WählerInnengruppen besonders motiviert werden konnten. Gibt es Unterschiede in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten? Woran kann das liegen? Welche Themen wurden im Wahlkampf angesprochen und welche Fraktionen konnten überzeugen?

www.bpb.de/themen/europawahlen/et-wahlmonitor-2019/292009/europawahl-wer-gewinnt-wer-verliert

> TIPP LINK

■ Lernecke EU

Zahlreiche Unterrichtsmaterialien zu diversen EU-Themen.

https://learning-corner.learning.europa.eu/learning-corner_de

VWA BHS-DIPLOMARBEIT.AT

Themenvorschläge für vorwissenschaftliche Arbeiten und Diplomarbeiten

- Verhältnis- versus Mehrheitswahlrecht: Darstellung am Beispiel der österreichischen Nationalratswahl sowie der Präsidentschaftswahl in den USA (Vorteile und Nachteile)
- Einfluss von Wahlbeobachtungen auf die Wahlergebnisse anhand ausgewählter Länder, ein Vergleich
- Beeinflusst der Wahlrechtsausschluss aufgrund fehlender Staatsbürgerschaft das politische und gesellschaftliche Engagement junger Menschen?
- Wahlkampf in den sozialen Medien: Analyse von Strategien, AkteurInnen und Zielgruppen

17 www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/beheard/eurobarometer/2019-european-elections-entered-a-new-dimension



SPEZIAL: 15 JAHRE „WÄHLEN AB 16“

Der Nationalrat stimmte 2007 der Senkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre für bundesweite Wahlen zu. In Österreich durften damit als erstem europäischen Land Jugendliche ab 16 Jahren auf allen Ebenen (Gemeinde-, Landtags-, Nationalrats-, Bundespräsidentenschafts- und Europawahlen) das aktive Wahlrecht ausüben. Das passive Wahlalter wurde gleichzeitig von 19 auf 18 Jahre gesenkt. 2008 konnten österreichische 16- und 17-Jährige erstmals ihre Stimme bei einer Nationalratswahl abgeben.

Österreich kam mit der Wahlaltersenkung u.a. der Forderung österreichischer und europäischer JugendvertreterInnen nach, Jugendliche formell stärker in politische Entscheidungen einzubinden. Auch in vielen anderen europäischen Staaten wird die Senkung des Wahlalters für junge Menschen diskutiert. Malta hat 2018 als zweites europäisches Land das Wahlalter auf allen Ebenen von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Wir haben aus Anlass des 15-jährigen Jubiläums der Wahlaltersenkung vier Organisationen um eine Einordnung aus ihrer Sicht gebeten.

Die Organisationen

- akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute
- beteiligung.st
- Bundesjugendvertretung
- jugendornbirn

Die Fragen

- Argumente für eine Wahlaltersenkung?
- Verstärkt die Wahlaltersenkung das politische Interesse der Jugendlichen?
- Wurde die Wahlaltersenkung gut begleitet?
- Wäre eine Wahlaltersenkung auf 14 Jahre denkbar?

Impulsfragen für die Beschäftigung mit den Texten sowie mit dem Thema „Wählen“ im Unterricht

- Welche Bedeutung hat „Wählen gehen“ für euch?
- Fühlt ihr euch gut vorbereitet, um informierte Wahlentscheidungen zu treffen?
- Welche Kompetenzen sind für informierte Wahlentscheidungen erforderlich?
- Welche Politikbereiche sind für euch besonders wichtig und wo wollt ihr mehr eingebunden sein?
- Welche Positionen nehmen die vier befragten Organisationen ein? Gibt es Unterschiede in der Einschätzung?
- Wie ist eure Einschätzung zum Thema „Wählen ab 14“?

Was waren/sind die stärksten Argumente für eine Wahlaltersenkung?

Durch das Wahlrecht erhalten Jugendliche ein echtes Mitbestimmungsrecht und können so ihre Zukunft selbst mitgestalten. Viele politische Entscheidungen sind weitreichend und zum Teil irreversibel. Ohne die Absenkung des Wahlalters müssen Jugendliche in ihrem Erwachsenenleben die Konsequenzen von Entscheidungen tragen, an denen sie nicht teilhaben konnten.

Unsere Gesellschaft wird im Durchschnitt immer älter; somit verlagern sich Entscheidungen über die Zukunft unserer Gesellschaft verstärkt auf ältere Menschen. Insofern kann Wählen ab 16 als eine Gegenmaßnahme zu dieser Entwicklung gewertet werden.

Ein weiteres Argument für ein niedrigeres Wahlalter ist, dass auch Jugendliche, z.B. als Auszubildende, Steuern zahlen müssen und deshalb auch mitentscheiden sollten, was mit dem Geld passiert.

Das Recht der Jugendlichen, sich an Wahlen zu beteiligen, sollte sich positiv auf die Politik auswirken. PolitikerInnen sollten die Jugendlichen als potenzielle WählerInnen verstärkt ernst nehmen und deshalb die Interessen der Jugendlichen besser vertreten.

Wählen ab 16 ist zudem eine gute Chance für die Politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule. Jugendliche können in einem neutralen Raum über Politik und Wahlen reden und sich informieren. Außerdem können Lerninhalte mit

konkreter Handlungsmöglichkeit verknüpft werden und somit ein nachhaltiges Lernergebnis erzielt werden.

Wir gehen davon aus, dass die Wahlberechtigung bei Jugendlichen zu einer höheren Identifikation mit der Demokratie und zur stärkeren Teilnahme am politischen Leben führt. Denn wer in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen wird, der weiß, dass er etwas bewegen kann. Somit ist die Absenkung des Wahlalters ein Weg, der Politikverdrossenheit entgegenzutreten.

Wählen, und damit verbunden eine Einbindung in die Politik, fällt durch das Wahlalter 16 mitten in die Übergangsphase vom Jugendlichen zum Erwachsenwerden. Junge Menschen werden früher in die Gesellschaft eingebunden, anstatt immer nur mitgedacht zu werden. Ihnen wird die große Verantwortung zuteil, selbst mitzubestimmen. Sie allein sind es, die in der Wahlkabine eine geheime und ganz persönliche Entscheidung treffen. Im Gegensatz zu anderen Dingen, wie etwa großen Investitionen, brauchen sie dazu keine Zustimmung der Erziehungsberechtigten. **Wählen ab 16 beinhaltet somit auch eine fürs Erwachsenwerden unabdingbare, emanzipatorische Komponente, mit der Jugendliche zu selbstbestimmten und mitbestimmenden BürgerInnen werden.**

Neben der zugeordneten Verantwortung, die Jugendliche beim Erwachsenwerden übernehmen wollen, bedeutet das Recht zu Wählen zudem eine große Wertschätzung der Jugend gegenüber. Sie wird bei der Wahl als gleichsam wichtiger und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft anerkannt.

Die meisten Jugendlichen mit 16 Jahren verfügen bereits über ein wenig Arbeitserfahrung, aber befinden sich dennoch in Ausbildung. Mit Ablauf der Schulpflicht haben sie zudem eine wegweisende Entscheidung zur Berufswahl getroffen. Sie haben dadurch einen Blick für ihre (auch persönliche) Zukunft. Zugleich sind sie ExpertInnen, die aus erster Hand über politisch höchst relevante und beeinflusste Bereiche wie Bildung oder Infrastruktur berichten können. Das niedrige Wahlalter ermöglicht außerdem ein nahtloses Anknüpfen an die in Schulen vorhandenen demokratischen Strukturen mit KlassensprecherInnen, SchülerInnenvertretung. Hinzu kommt, dass sie mit dem Ende der Schulpflicht eine wichtige Entscheidung über ihre ganz persönliche Zukunft individuell treffen mussten. Umfassende rechtliche Befugnisse bewirken, dass sich die meisten auch im privaten Bereich bereits in Eigenständigkeit erprobt haben.

Von der Wahlrechtsreform hat man sich erwartet, dass Jugendliche durch die frühere Einbindung in den politischen Prozess mehr politisches Interesse zeigen: Ist diese Erwartung eingetroffen?

Österreich war das erste Land in der Europäischen Union, in dem man ab 16 Jahren wählen darf. 15 Jahre nach der Herabsetzung des Wahlalters konnte man erste Erkenntnisse gewinnen: Es ist zwar das Ziel einer kontinuierlich hohen Wahlbeteiligung junger Menschen in Österreich noch nicht erreicht, dennoch zeichnet sich im Hinblick auf das politische Interesse und die Wahlbeteiligung ein positiver Trend ab. Laut aktuellen Studien liegt die Wahlbeteiligung von jungen WählerInnen bei ihrer ersten Wahl über jener der anderen Altersgruppen; leider sinkt diese später wieder (leicht) ab. Um diesen anfänglichen Trend weiter zu fördern, wäre es notwendig, eine nachhaltige Strategie zur dauerhaften Einbindung von Jugendlichen in den politischen Prozess zu entwickeln.

Natürlich bekommt Politische Bildung vor dem Hintergrund der Wahlaltersenkung eine sehr große Bedeutung. Es ist aber sehr wichtig, Politik nicht nur „zu lernen“, sondern auch „zu erleben“. Für Jugendliche ist es von Bedeutung, einen Ankerpunkt zu haben: in Form der Mög-

lichkeit, an der Wahl teilnehmen zu können, in der individuellen Auseinandersetzung mit Politik sowie mit politischen Inhalten und Konzepten.

Inwieweit es gelungen ist, dass die politische Ebene die jungen Menschen als potenzielle Wähler und Wählerinnen erkannt hat und verstärkt auf diese zugeht, ist schwierig zu beurteilen. Gerade aber bei den für jungen Menschen wichtigen Themen wie etwa Klima- und Umweltschutz, Politische Bildung oder Öffentlicher Verkehr gibt es sicherlich noch einigen Aufholbedarf.

Unbestritten ist, dass durch das Wahlrecht ab 16 mehr Jugendliche politisches Interesse zeigen.

Selbst wenn man von einem im Durchschnitt geringeren Politikinteresse bei den 16- bis 18-Jährigen als dem Rest der Gesellschaft ausgeht, bedeutet eine Miteinbeziehung mehr Wahlberechtigte, mehr politikengagierte Menschen und dadurch eine breiter gestützte Repräsentation der Gesellschaft im demokratischen Sinne. Untersuchungen zeigen ein positives Bild: Das Interesse bei 18- bis 21-Jährigen ist im europäischen Vergleich ähnlich hoch wie bei den 16- bis 18-Jährigen ÖsterreicherInnen. Das bedeutet, dass jungen Menschen in Österreich ein Hindernis auf dem Weg zur politischen Mündigkeit genommen wurde und sie diese Chance auch nutzen.

Haben Schule und Gesellschaft ausreichend auf die Wahlaltersenkung reagiert? Was würden Sie sich wünschen, damit Jugendliche ihre demokratischen Kompetenzen gut entwickeln?

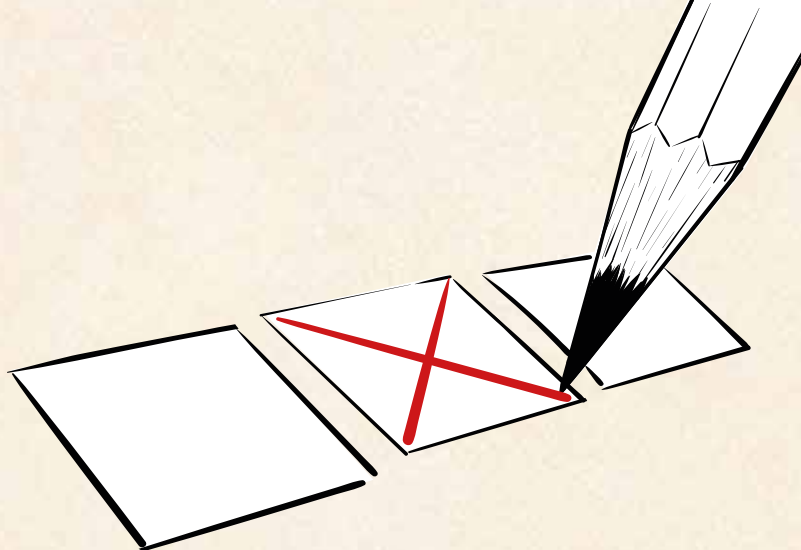
Unabhängig von der Absenkung des Wahlalters sehen sich junge Menschen mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen (z.B. Fake News) und den demokratiepolitischen Implikationen konfrontiert. Politisches Interesse und Engagement sind die Grundlage einer Demokratie. Sie entwickeln sich auf Basis und als Teil demokratischer Kompetenzen. Doch von welchen Kompetenzen sprechen wir? Dazu zählen besonders Einstellungen und Werte, praktische Handlungsfertigkeiten und Wissen und kritisches Denken aber natürlich auch Konfliktfähigkeit und die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme.

Besonders wünschenswert wäre, wenn Bildungseinrichtungen wie Schulen noch intensiver mit außerschulischen PartnerInnen projektbezogen zusammenarbeiten und zeitgemäße Formen der Demokratiebildung erproben. Es geht darum, Demokratie als gesellschaftlichen Aushandlungs- und Gestaltungsprozess erfahrbar zu machen und Jugendlichen möglichst facettenreich und übergreifend zu ermöglichen, Demokratie zu erleben, zu erlernen und selbst zu gestalten.

Eine umfassende Vorbereitung auf den Moment der ersten Wahl ist sehr wichtig. Sie soll Interesse schaffen und den Wert einer demokratischen Gesellschaft in den Vordergrund stellen. Hilfreich ist die bestehende Darstellung von Politik als Teil des täglichen Lebens. Diese wird jedoch unglaubwürdig, wenn die Vorbereitung durch Veranstaltungen, Workshops oder im Unterricht immer nur gebündelt vor großen Wahlen stattfindet. Eine Ausweitung der Vorbereitung, was es bedeutet, in einer Demokratie zu leben, beispielsweise durch die Schaffung eines eigenen Unterrichtsfachs „Politische Bildung“ oder durch mehr Möglichkeiten zu Info- und Partizipationsveranstaltungen wäre wünschenswert für nachhaltiges politisches Engagement. Es wäre dem nachhaltigen Politikengagement dienlich, wenn diese Fortbildungen auch in Jahren ohne Wahlen in großer Anzahl stattfinden können, da Politikinteresse und Politikbewusstsein auch abseits des politischen Großevents Neuwahl gefördert werden.

Wäre eine Wahlaltersenkung auf 14 Jahre denkbar? Welche Rahmenbedingungen würde es dafür brauchen?

Mit Vollendung des 14. Lebensjahres ist die Schwelle des Kindseins überschritten: Junge Menschen sind deliktsfähig und strafmündig, können nun ihre Religionszugehörigkeit selbst wählen, haben ein Mitspracherecht beim Sorgerecht, können eine Lehre beginnen oder können Mitglied der meisten Parteien werden. Man sieht, dass junge Menschen bereits vor Erreichen der Volljährigkeit viel Eigenverantwortung tragen. Dennoch könnte das 14. Lebensjahr insofern zu früh sein, als die Lücke zwischen aktivem und passivem Wahlrecht relativ groß zu werden scheint. Wenn nicht die Rahmenbedingungen (Politische Bildung)



angepasst werden, könnten die Tendenzen zur Ungleichheit verstärkt werden: Politische Informiertheit und das Interesse für politische Vorgänge hängen auch vom Bildungsstand der Eltern und dem sozialen Umfeld ab: Wird zu Hause oder mit FreundInnen überhaupt über Politik geredet? Wenn ja, wie? Schon heute ist die Wahlbeteiligung bei Erst- und JungwählerInnen besonders gering, wenn sie aus sozial benachteiligten Familien kommen. Dies könnte vielleicht gerade in der besonders wichtigen Gruppe der sozial nicht so privilegierten jungen Menschen nicht den gewünschten Effekt nach mehr Beteiligung bewirken.

Auch wenn 14-Jährige nicht in absehbarer Zeit in den Genuss einer Wahlaltersenkung kommen, bedeutet es jedoch nicht, dass 14-Jährige nicht in die Politik eingebunden werden sollen. Ihr oft unvoreingenommener Blick bringt eine wertvolle, alternative Perspektive ein und soll daher mit gewisser Unterstützung in Ideenfindungsprozessen berücksichtigt werden, ab 16 Jahren dann auch in Entscheidungsfindungsprozessen. Nicht zuletzt dient eine aktive Einbindung der Jugend, ungeachtet des Alters, dazu, sie an die Politik heranzuführen und für die Demokratie zu begeistern.

Was waren/sind die stärksten Argumente für eine Wahlaltersenkung?

Kinder und Jugendliche sowie ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen, gehen Hand in Hand mit Überlegungen zum Wahlalter. Beteiligungsmöglichkeiten gab es seit vielen Jahren auf lokaler und internationaler Ebene. Partizipation ist in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben. Jugendliche wollen mitentscheiden. Österreich hat 2007 richtig entschieden und definitiv eine Vorreiterrolle (nach wie vor) eingenommen, um dieser Forderung nachzukommen.

Damit verbunden wäre es ebenso wichtig, den Aspekt ernst zu nehmen, dass sich junge Menschen unzureichend auf die Wahl vorbereitet fühlen. Daher ist die Frage bedeutend, wie Ermutigung und Vorbereitung, Information und die Befähigung, das Wahlrecht wahrnehmen zu können, konzeptionell und strukturell gesichert sein können.

Von der Wahlrechtsreform hat man sich erwartet, dass Jugendliche durch die frühere Einbindung in den politischen Prozess mehr politisches Interesse zeigen: Ist diese Erwartung eingetroffen?

Die Forderung nach mehr Mitsprache und in politische Prozesse eingebunden zu sein, ist für viele junge Menschen weiterhin aktuell und mit der Wahlrechtsreform nicht ausreichend abgedeckt. Wählen zu gehen, kann nur eine Form der Einbindung und Mitbestimmung darstellen. **Die Wahlaltersenkung ist und war ein wichtiges Signal, dass junge Menschen Teil der Gesellschaft und somit wahlberechtigt sind. Es gibt aber auch viele junge Menschen, die nicht wahlberechtigt sind, obwohl ihr Lebensmittelpunkt in Österreich liegt.** Wählen gehen zu dürfen, ist ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen und politischen Partizipation.

In der Öffentlichkeit werden oft parteipolitische Geschehnisse und Skandale wahrgenommen. So sprechen wir mittlerweile eher von einer PolitikerInnenverdrossenheit. Das wirkt sich nicht besonders förderlich aus. Wie gut sich Jugendliche vertreten fühlen oder ihre Themen Eingang in die Bundespolitik finden, sei ebenso dahingestellt. Die Frage: „Wofür soll ich wählen gehen, wer vertritt mich und meine Anliegen?“ scheint wohl auch eine berechtigte Frage der Jugendlichen zu sein.

Haben Schule und Gesellschaft ausreichend auf die Wahlaltersenkung reagiert? Was würden Sie sich wünschen, damit Jugendliche ihre demokratischen Kompetenzen gut entwickeln?

In der Steiermark gab es 2007 eine Demokratie-Offensive: Auf Landesebene wurde die Wahlaltersenkung zum Anlass genommen, verstärkt Angebote im Bereich der Politischen Bildung außerschulisch anzubieten. Bis heute gibt es Strukturen und Angebote, die sich ergänzend zum Schulunterricht verstehen.

Im Unterricht, so eine Forderung der SchülerInnen selbst (u.a. in diversen Jugendlandtagen) und auch der Politischen BildnerInnen, wie der Interessengemeinschaft Politische Bildung, müsste es ein eigenes Fach Politische Bildung geben.

Kritisches Denken, Reflexionsvermögen aufzubauen und das Erkennen von seriösen Informationen wären wünschenswert. Es gibt Jugendliche, die besonders interessiert sind und Ressourcen haben, sich mit politischen Themen mehrdimensional auseinanderzusetzen; die mit ihren Anliegen in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, sich artikulieren können und Handlungsspielräume haben. Andere Jugendliche haben diese Zugänge nicht. Umso wichtiger wäre es, Jugendliche zu fördern,

jeden jungen Menschen im Sinne einer „Demokratiefitness“ zu begleiten und übers Wählen hinaus Partizipationsmöglichkeiten anzubieten.

Wäre eine Wahlaltersenkung auf 14 Jahre denkbar? Welche Rahmenbedingungen würde es brauchen?

Grundsätzlich ist es denkbar, dass auch jüngere Jugendliche (und warum nicht auch Kinder) ein verbrieftes Mitbestimmungsrecht haben. Dafür braucht es allerdings fundierte Konzepte, Strukturen und Ressourcen. Angebote, die junge Menschen auf diesem Weg begleiten, in denen Grundsätze der Politischen Bildung die Basis bilden (Kontroversitätsgebot, Überwältigungsverbot ...).

Sich darüber bewusst zu sein, ist keine Rahmenbedingung, doch kann das Thema in pädagogischen Ausbildungen (elementare Bildungseinrichtungen, Primarstufe, Sek. I und II) einen Platz bekommen, damit Politische Bildung und Demokratiebildung vorstellbar und didaktisch umsetzbar werden. Eine altersgerechte Aufbereitung von Inhalten, ein respektvoller Umgang miteinander, Reflexionsräume und Diskussionsräume zu eröffnen, wären besonders wichtig. **Durch Einbindung und Gestaltungsmöglichkeiten erleben junge Leute Wertschätzung und Selbstwirksamkeit, demokratische Prozesse sind erlern- und vielmehr erfahrbar. Und das ganz unabhängig von einer Wahlaltersenkung.**

BUNDESJUGENDVERTRETUNG
www.bjv.at



Was waren/sind die stärksten Argumente für eine Wahlaltersenkung?

Junge Menschen sind in der Lage, verantwortlich zu handeln und ihr Verhalten zu reflektieren. Studien zeigen, dass sie (anders als das oft behauptet wird) ihre Entscheidungen vorrangig aufgrund von Informationen treffen. Werden junge Menschen richtig adressiert, sind sie definitiv interessiert an Politik und vor allem an verlässlichen Informationen. **Der triftigste Grund für eine Senkung des Wahlalters ist und war aber aus Sicht der BJV, dass junge Menschen analog zu ihren Pflichten mit adäquaten Rechten ausgestattet sein sollten.**

Von der Wahlrechtsreform hat man sich erwartet, dass Jugendliche durch die frühere Einbindung in den politischen Prozess mehr politisches Interesse zeigen: Ist diese Erwartung eingetroffen?

Erste Untersuchungen haben diesen erhofften Effekt bestätigt. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass es unmittelbar nach der Senkung des Wahlalters einen leichten Boom an Angeboten Politischer Bildung gab. Als dieser nachließ, ließ auch die Wirkung bei jungen WählerInnen – also dass sie sich im Vergleich zu anderen Altersgruppen sogar überdurchschnittlich stark an Wahlen beteiligten – etwas nach.

Haben Schule und Gesellschaft ausreichend auf die Wahlaltersenkung reagiert? Was würden Sie sich wünschen, damit Jugendliche ihre demokratischen Kompetenzen gut entwickeln?

Nach wie vor gibt es kein flächendeckendes Fach „Politische Bildung“ an Österreichs Schulen und keine ausreichende Ausbildung für alle PädagogInnen. **Die BJV fordert deshalb seit langem die Einführung eines eigenen Fachs Politische Bildung**

in allen Schultypen ab der 5. Schulstufe. Ebenso müsste dem Unterrichtsprinzip Politische Bildung, das für ALLE Schulstufen gilt, endlich durch eine entsprechende Berücksichtigung bei der Ausbildung von PädagogInnen Rechnung getragen werden.

Wäre eine Wahlaltersenkung auf 14 Jahre denkbar? Welche Rahmenbedingungen würde es brauchen?

Auch wenn viele junge Menschen bereits ab 14 Jahren weitreichende Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen, wäre es aus Sicht der BJV zuerst notwendig, umfassende Maßnahmen im Bereich Politische Bildung umzusetzen, damit auch sichergestellt werden kann, dass alle jungen Menschen rechtzeitig mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden.



Logo der damaligen Demokratie-Initiative (2007/08) der Österreichischen Bundesregierung, um die Einführung der Wahlaltersenkung in der Schule mit begleitenden Maßnahmen zu unterstützen.

JUGENDORNBIRN – MEINE STIMME ZÄHLT
www.jugendornbirn.at



Was waren/sind die stärksten Argumente für eine Wahlaltersenkung?

Die demografische Entwicklung unserer Gesellschaft. Ältere werden immer mehr, es gibt anteilmäßig zu wenig Jugendliche. Dadurch verschiebt sich das politische Momentum auf die Bedürfnisse älterer Menschen. Interessen Jugendlicher drohen, nicht berücksichtigt zu werden.

Die Jugend wird, besonders in den Gemeinden und Städten, für die handelnden PolitikerInnen wahrnehmbarer. Der Wunsch nach einem Mädchentreff oder Jugendplatz bekommt dann eine andere Bedeutung, weil es dann auch um WählerInnenstimmen geht. Stärkung der Politischen Bildung

und Jugendliche interessieren sich stärker für (Alltags)Politik.

Von der Wahlrechtsreform hat man sich erwartet, dass Jugendliche durch die frühere Einbindung in den politischen Prozess mehr politisches Interesse zeigen: Ist diese Erwartung eingetroffen?

Jugendliche sind weitgehend politisch interessiert. Sie engagieren sich oft in ihrem Umfeld wie Schule und Freizeit, aber nicht in der klassischen Parteipolitik.

Jugendliche nehmen ihr politisches Handeln anders wahr. Wenn sie sich z.B. in ihrer Schule für eine Verbesserung einsetzen, geht es um die

Verbesserung an sich und sie erkennen nicht, dass sie dadurch „politisch handeln“.

Politik wird von den Jugendlichen oftmals verbunden mit „langweiligen Sitzungen“, „endlosen Besprechungen“, „viel zu viel reden, zu langsames Handeln“ ...

Haben Schule und Gesellschaft ausreichend auf die Wahlaltersenkung reagiert? Was würden Sie sich wünschen, damit Jugendliche ihre demokratischen Kompetenzen gut entwickeln?

- Stärkung der Schuldemokratie und Förderung von Partizipationsprojekten in Städten, Gemeinden, Vereinen ...
- Aktionen vor Wahlen sind sehr wichtig, Beispiel „Wahlen sind keine Tiere“ von www.jugendornbirn.at.
- An den verschiedenen Schultypen ist Politische Bildung nach wie vor ein fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip. Der Ruf nach einem eige-

nen Unterrichtsfach wird immer wieder laut, jedoch nicht umgesetzt. Hier scheint dringender Handlungsbedarf zu sein, ein eigenständiges Unterrichtsfach ab der 6. Schulstufe mit gut ausgebildeten Lehrpersonen einzuführen.

Wäre eine Wahlaltersenkung auf 14 Jahre denkbar? Welche Rahmenbedingungen würde es dafür brauchen?

Eine Wahlaltersenkung auf 14 Jahre wird im Verein jugendornbirn kontrovers diskutiert. Es sprechen Argumente dafür, manche dagegen.

Jedenfalls regen wir an, das passive Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. Dieses liegt nach wie vor bei 18 Jahren. Dadurch wäre es bereits 16-jährigen möglich, die Stadt bzw. Gemeinde, das Bundesland und den Staat aktiv mitzugestalten. Somit tragen Jugendliche verstärkt Verantwortung für ihre Stimme.

LINKTIPPS:

- Wählen mit 16 Jahren (Bundeskanzleramt)
www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/jugend/beteiligung-und-engagement/waehlen-mit-16.html
- Wählen ab ... (Bayrischer Jugendring)
www.bjr.de/junggerecht/wahlalter-senken.html
- Wählen ab 16 in Österreich – ein Erfolgsmodell für ganz Europa? (ÖGfE Policy Brief 06/2018)
www.oegfe.at/policy-briefs/waehlen-ab-16

METHODENTIPPS:

Wählen ab 14

Zielsetzungen: Auseinandersetzung mit der Frage, aus welchen Motiven und mit welchen Argumenten die Diskussion um eine Wahlaltersenkung geführt wird; Reflexion über Kompetenzen, die ein Wähler bzw. eine Wählerin aufweisen sollte, um am demokratischen Prozess mitwirken zu können.

Die gesamte Übung kann in der Praxisbörse von Zentrum *polis* abgerufen werden.

www.politik-lernen.at/waehlenab14

Wahlalter in Europa

Die SchülerInnen arbeiten in Kleingruppen, wählen jeweils ein EU-Land aus und recherchieren, welches Wahlalter in diesem Staat auf europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene gilt. In welchen dieser Staaten werden Diskussionen darüber geführt, das Wahlalter zu senken? Welche Argumente werden dafür, welche dagegen angeführt?

4 VERHÄLTNISSWAHLRECHT VERSUS MEHRHEITSWAHLRECHT

In Österreich wird bei Nationalratswahlen, Landtags- und Gemeinderatswahlen das Verhältniswahlrecht angewendet; ebenso bei der Wahl der österreichischen Abgeordneten des Europaparlaments.¹⁸ Die Präsidentschaftswahl in den USA steht dazu im Gegensatz und gilt als klassisches Beispiel für ein Mehrheitswahlrecht.



4.1 DAS VERHÄLTNISSWAHLRECHT IN ÖSTERREICH

Das Verhältniswahlrecht hat grundsätzlich zum Ziel, die Stimmverteilung bei einer Wahl im Parlament proportional abzubilden. Die Parteien sollen in jener Stärke im Parlament repräsentiert sein, die ihnen aufgrund der erzielten Stimmen bei der Wahl zusteht: Eine Partei, die bei einer Wahl wenig Stimmen erhalten hat, ist mit wenigen Abgeordneten im Parlament vertreten; eine Partei mit vielen Stimmen ist mit vielen Abgeordneten vertreten. Damit haben kleinere Parteien eine wesentlich größere Chance, ins Parlament einzuziehen und politisch mitzugestalten als im Mehrheitswahlrecht. Letzteres kennt zumeist nur einen einzigen Sieger bzw. eine einzige Siegerin, der/die dann die gesamte politische Macht der zur Wahl stehenden Funktion übertragen bekommt. Allerdings könnte die konsequente Anwendung des Verhältniswahlrechts zu einer „Zersplitterung“ der Parteienlandschaft führen, was wiederum die Mehrheitsbildung im Parlament deutlich erschwert. In Österreich gibt es daher zwei Hürden, von denen eine Partei mindestens eine nehmen muss, um Abgeordnete im Parlament stellen zu können. So muss die Partei bundesweit vier Prozent aller gültigen Stimmen oder ein Grundmandat (Direktmandat) in einem der Regionalwahlkreise erreichen.¹⁹

> TIPP LINK

- Das Verhältniswahlrecht und das Ermittlungsverfahren bei der Nationalratswahl
www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/WAHL/ERMNR-WAHL

4.2 DAS MEHRHEITSWAHLRECHT AM BEISPIEL DER USA



Das Mehrheitswahlrecht findet sich heute v.a. im anglo-amerikanischen Raum (USA, Großbritannien). In den USA ist diese Form des Wahlrechts u.a. durch den bekannten Spruch „The winner takes it all“ beschrieben.

Jeder Bundesstaat der USA verfügt über Wahlmänner bzw. Wahlfrauen (Electors), die der Bevölkerungszahl entsprechen. Kalifornien als bevölkerungsreichster Staat verfügt z.B. über 55 Wahlfrauen/Wahlmänner, Alaska als bevölkerungsarmer Bundesstaat über drei. In fast allen amerikanischen Bundesstaaten gilt, dass jene Kandidatin bzw. jener Kandidat, die/der die relative Mehrheit erreicht (also im Vergleich zu allen anderen KandidatInnen die meisten Stimmen erhalten hat), Sieger bzw. Siegerin dieses Bundesstaates ist. Selbst bei einem knappen Ausgang von 51 zu 49 Prozent der Stimmen gehen Zweitplatzierte leer aus. Daher „The winner takes it all“. Alle Wahlfrauen bzw. Wahlmänner des Bundesstaates sind dann bei der eigentlichen Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin (Electoral College) gehalten, die Siegerin bzw. den Sieger ihres Bundesstaates zu wählen. Es gibt keinen gesetzlichen Zwang, eine bestimmte Person zu wählen. Da jedoch die Wähler eines Bundesstaates von jener Partei entsandt werden, deren Kandidat bzw. Kandidatin gewonnen hat, kommt ein abweichendes Stimmverhalten selten vor.²⁰

> TIPP LINKS

- Die US-Wahl 2020 (bpb)
www.bpb.de/themen/nordamerika/usa/305443/us-praesidentschaftswahl-2020/
- Erklärfilme von polEdu:
Wie funktionieren die Wahlen in den USA?
www.youtube.com/watch?v=9BFHEK8jkoE
Warum ist das US-Wahlsystem so kompliziert?
www.youtube.com/watch?v=yTn7ZVRodyY
- Die rationale Grundlage des US-Wahlsystems (Wiener Zeitung, 14.8.2020)
<https://bit.ly/3uiCp1S>

18 Österreichisches Parlament > Was versteht man unter Verhältniswahlrecht? www.parlament.gv.at/PERK/FAQ/WAHL

19 Ebd.

20 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Internationales > USA > The winner takes it all? Das Wahl- und Parteiensystem in den USA: www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10667/wahl-und-parteiensystem

Demokratische Prozesse, wie eine Wahl oder eine Volksabstimmung, können elektronisch umgesetzt werden. Diese Form der Demokratie wird zumeist als elektronische Demokratie oder E-Demokratie bezeichnet, wobei E-Voting, E-Partizipation und E-Petition die wichtigsten Formen sind.²¹

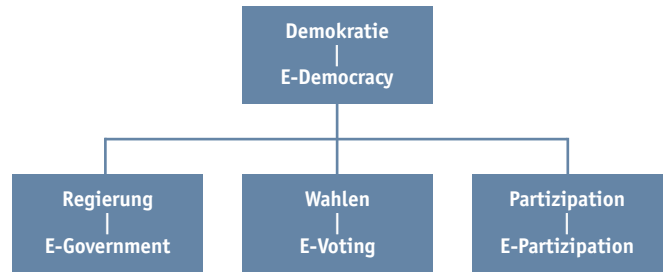
Mithilfe von E-Demokratie werden neue Möglichkeiten der Partizipation geschaffen. Im Vordergrund steht der Zugang zu neuen, vor allem jungen Zielgruppen durch einen weiteren Interaktions-, Kommunikations- und Informationsradius. Neben der Erschließung neuer Zielgruppen hat E-Demokratie das Potenzial, Partizipation zu fördern, wie beispielsweise durch elektronische Petitionen.

Beim E-Voting werden elektronische Mittel in mindestens einem der folgenden drei Prozesse eingesetzt: WählerInnenidentifizierung, Stimmabgabe und Auszählung der Stimmen. Der Einsatz von E-Voting hat unterschiedliche Vorteile für die WählerInnen, die Verwaltung und die Politik. Ein zentraler Aspekt ist die Vereinfachung und Beschleunigung des Wahlprozesses.

Im besten Fall kann E-Voting also dazu beitragen, dass die Wahlbeteiligung erhöht und die Demokratie gestärkt wird. Trotz aller Vorteile müssen Wahltechnologien mit besonderer Achtsamkeit eingesetzt werden, da demokratische Wahlprozesse strengen Kriterien unterliegen. So muss sichergestellt werden, dass die Wahl frei und geheim durchgeführt wird.

E-Voting hat das Potenzial, neue WählerInnen-schichten zu erschließen. So können mit E-Voting Umstände geschaffen werden, unter denen auch Menschen mit Beeinträchtigungen ihre Stimme ohne fremde Hilfe, selbstbestimmt und somit geheim abgeben können.

In vielen Ländern ist E-Voting bereits verbreitet. Länder wie die USA, Brasilien und Indien verwenden Wahlmaschinen, die in den Wahllokalen aufgestellt werden. In Estland besteht bereits seit 2007 die Möglichkeit, via Internet (I-Voting) zu wählen. Mehr als ein Drittel der estnischen Bevölkerung wählt in der Zwischenzeit bereits auf diese Weise.²² In anderen Ländern werden diese Formen des Wählens getestet. **Nach mehreren unverbindlichen Testwahlen wurde in Österreich im Rahmen der ÖH-Wahlen 2009 erstmalig die**



rechtsverbindliche Stimmabgabe über das Internet ermöglicht. Es kam jedoch zur Anfechtung der Ergebnisse der Wahl und der Verfassungsgerichtshof hob die Verordnung zum E-Voting bei ÖH-Wahlen als gesetzeswidrig auf. Bei den nachfolgenden Wahlen wurde wieder in den Wahllokalen oder per Briefwahl abgestimmt.

Obwohl die Corona-Pandemie eine Digitalisierung in den verschiedensten Bereichen vorangetrieben hat, **steckt E-Demokratie noch in den Kinderschuhen und muss sich erst etablieren.** Bis dahin ist es ein weiter Weg, der mit einigen Herausforderungen verbunden ist. So muss bedacht werden, dass einige Bevölkerungsschichten über keinen Internetzugang verfügen oder (noch) nicht die Medienkompetenz besitzen, die nötig ist, um damit umzugehen. KritikerInnen befürchten, dass sich der „digital divide“ vergrößert. Dies ist eine der vielen Herausforderungen, die mit E-Demokratie einhergehen. Der Weg zur „Modern Democracy“ ist noch weit.²³

> TIPP LINKS

- Informationen zu digitaler Partizipation
www.partizipation.at/partizipation-verstehen/prinzipien-der-beteiligung/digitale-partizipation
- Beitrag zu E-Democracy: Demokratiezentrum Wien
www.demokratiezentrum.org/bildung/ressourcen/themenmodule/demokratiemodelle/e-democracy-liquid-democracy

²¹ Eine Liste aller laufenden E-Petitionen ist auf www.parlament.gv.at zu finden.

²² Siehe dazu Standard Artikel vom 27.4.2020: Elektronische Wahlen sind selbst in Zeiten von Corona eine gefährliche Idee www.derstandard.at/story/2000116996783/elektronische-wahlen-sind-selbst-in-zeiten-von-corona-eine-gefaehrliche

²³ Teile dieses Beitrags beruhen auf den Text „E-Demokratie und E-Voting“ (Maria Kellner, 2012) von E-voting.CC GmbH: www.e-voting.cc

6 WAHLRECHT FÜR ALLE IN ÖSTERREICH?

In Österreich leben mehr als 1,2 Millionen Menschen, die zwar das Wahlalter erreicht haben, jedoch von Wahlen ausgeschlossen sind, weil sie keine österreichische StaatsbürgerInnenschaft haben. Das entspricht ungefähr 15 Prozent der möglichen WählerInnen. In Wien konnte bei der letzten Wienwahl 2020 sogar rund ein Drittel der BewohnerInnen ihre Stimme nicht abgeben. Viele von ihnen sind in Österreich geboren oder leben schon sehr lange hier.²⁴

STAATSBÜRGERINNENSCHAFT = WAHLRECHT

Das Wahlrecht ist in Österreich an die StaatsbürgerInnenschaft gekoppelt. Ausnahmen stellen die Kommunalwahlen, d.h. Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen dar; hier sind auch EU-BürgerInnen wahlberechtigt, wie auch bei der Europawahl. Verglichen mit anderen europäischen Ländern weist Österreich eine sehr strikte Regelung auf. So besteht in 14 europäischen Staaten wie etwa in Irland, Schweden, Luxemburg und der Slowakei für Nicht-StaatsbürgerInnen, die ihren ständigen Wohnsitz bereits länger in diesen Ländern haben, die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene zu wählen.

> TIPP PUBLIKATION

**Wahlrecht für alle.
Warum unsere Demokratie ein modernes Wahlrecht braucht.**

Hrsg. Dem21 – Die oberösterreichische Initiative für mehr Demokratie, 2021

Infobüchlein für junge Menschen mit Basiswissen zu den Themen Demokratie, Wahlrecht und StaatsbürgerInnenschaft

https://migrare.at/wp-content/uploads/2021/09/Broschuere-Wahlrecht-fuer-alle_fin.pdf



PASS-EGAL-WAHL

Das Wahlrecht ist ein Fundament der Demokratie und daher bedeutet der Ausschluss von diesem Recht auch, ausgeschlossen von vielen demokratiepolitischen Prozessen zu sein. Über kein Wahlrecht zu verfügen, ist eng damit verbunden, auch keine politische Stimme zu haben.

Aus diesem Grund hat SOS-Mitmensch 2013 die **Pass-Egal-Wahl** initiiert, um auf diese Exklusion von



SOS Mitmensch ist eine Menschenrechtsorganisation und tritt für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit aller Menschen ein. Eine Initiative von SOS-Mitmensch ist **#hiergeboren**, mit der sie sich dafür einsetzen, dass Kinder, die in Österreich geboren sind, ein Recht auf die StaatsbürgerInnenschaft bekommen.

www.sosmitmensch.at | www.hiergeboren.at

demokratischer Mitbestimmung aufmerksam zu machen. Die Pass-Egal-Wahl findet vor Wahlen auf Bundes- und Landesebene statt.

Die Pass-Egal-Wahlen sind **für alle Menschen offen**, die das Wahlalter erreicht haben. Sie können ihre Stimme abgeben, auch dann, wenn sie nicht österreichische StaatsbürgerInnen sind und von der jeweiligen offiziellen Wahl ausgeschlossen werden. Eingeladen sind auch Personen mit österreichischem Pass, die damit ein Zeichen der Solidarität und ein Zeichen gegen den Ausschluss dieser Menschen von demokratischer Mitbestimmung setzen. Die Durchführung der Pass-Egal-Wahl wird von den InitiatorInnen gewissermaßen als Vervollständigung von offiziellen Wahlen angesehen. Es stehen jene Parteien zur Abstimmung, die zur jeweiligen Wahl antreten.

Mit dieser Aktion wird für ein demokratieförderndes Wahlrecht geworben und aufgezeigt, dass dieses Integrationshindernis auch die Demokratie in Österreich schwächt.

> TIPP LINK

■ Auf der Website von SOS-Mitmensch gibt es Antworten zu häufig gestellten Fragen wie etwa: Was ist die Pass-Egal-Wahl? Wie kann man teilnehmen? Was bedeutet der Wahlausschluss für junge Menschen?

www.sosmitmensch.at/faq-pass-egal-wahl

Auch an Schulen ist die Durchführung einer Pass-Egal-Wahl möglich. Die nächste findet zur Bundespräsidentenwahl statt. Es gibt auch einen Leitfaden zur Organisation der Pass-Egal-Wahl und begleitendes Unterrichtsmaterial (geeignet für SchülerInnen ab der 10. Schulstufe).

www.sosmitmensch.at/pass-egal-wahl-an-schulen-2022

²⁴ Vgl. www.sosmitmensch.at/faq-pass-egal-wahl



Warteschlange vor dem Wahllokal am Martin-Luther-Platz in Linz.
© migrare

Erstmals fand im gesamten Bundesland Oberösterreich im Vorfeld der Landtagswahl (26. September 2021) eine Pass-Egal-Wahl statt und stieß auf breite Beteiligung. Auch fünf oberösterreichische Schulen nahmen daran teil: „*Ich habe heute gewählt, weil ich es falsch finde, dass Menschen, die hier jahrelang leben, kein Mitspracherecht haben für Regeln und Gesetze, die sie befolgen müssen.*“ (Elisa, 17 Jahre)²⁵

> TIPP VIDEOBEITRÄGE

- Landtagswahl in geschlossener Gesellschaft – welche Folgen hat die Ausgrenzung von politischer Mitbestimmung? (DORF TV, 10.9.2021)
<https://bit.ly/3M3GDCv>
- Vortrag des Politologen Gerd Valchars über das Wahlrecht in Österreich und die fehlende Mitbestimmung von Nicht-StaatsbürgerInnen (Kick-Off Veranstaltung der Initiative DEM21, 19.2.2021). Präsentation und Videomitschnitt:
www.mehr-demokratie.at/de/kick-dem21-vortrag-von-gerd-valchars

> TIPP UMFRAGE

Die SchülerInnen erheben an ihrer Schule, wie viele der im Wahlalter befindlichen SchülerInnen aufgrund fehlender StaatsbürgerInnenschaft nicht wählen dürfen und wie sie damit umgehen.

Richtig & Falsch.

Podcast für Politische Bildung

Jugend ohne Wahl. Zwischen Politikverdrossenheit und Partizipation



www.politik-lernen.at/folge8_richtigundfalsch

- Wie unterrichtet man Politische Bildung für SchülerInnen, die von vornherein von Wahlen ausgeschlossen sind?
- Wie kann man das Thema bearbeiten, ohne dass es für die SchülerInnen erst recht frustrierend wird?
- Und welche Folgen hat es überhaupt, wenn (immer mehr) junge Menschen nicht wählen dürfen?

Mehr dazu in dieser Folge von Richtig & Falsch.

„Ich bin schon glücklich, wenn der Status Quo einfach nur hinterfragt wird. Das ist das Mindeste, was politische Bildung in der ganzen Wahlrechts- und Staatsbürgerschaftsdebatte leisten kann.“

Sihaam Abdillahi

Richtig & Falsch

Richtig & Falsch greift gesellschaftliche Kontroversen auf, die im Klassenzimmer bewegen. Es werden gute Ideen vor den Vorhang geholt und Unsicherheiten besprochen. Zu Gast sind Lehrkräfte sowie Fachleute aus Wissenschaft und Praxis.

Der Podcast ist auch auf Instagram

www.instagram.com/podcast_politische_bildung

Wer sich Richtig & Falsch lieber im Radio anhört, kann dies ein Mal pro Monat am Sonntagvormittag um 10 Uhr auf **Radio Orange 94.0**.

<https://o94.at/programm/sendereihen/richtigundfalsch>

²⁵ www.sosmitmensch.at/landtagswahl-in-oberoesterreich-erstmals-gemeinsame-pass-egal-wahl-von-sos-mitmensch-mit-schulen

7 WAHLBEOBACHTUNG IN ÖSTERREICH

Gastbeitrag von Michael Lidauer, Armin Rabitsch und Paul Grohma von wahlbeobachtung.org

Die Beobachtung von Wahlen durch unabhängige BeobachterInnen und ExpertInnen ist ein wichtiges Werkzeug internationaler Politik sowie innerstaatlicher Demokratieentwicklung geworden. Grundsätzlich werden dabei die Stimmabgabe am Wahltag, der Wahlkampf und die Stimmauszählung beobachtet und Abweichungen von der Gesetzeslage und guten Praktiken aufgezeigt. Die Wahlgesetzgebung, die Wahladministration, die (sozialen) Medien sowie die Umsetzung der Ergebnisse und mögliche Einsprüche und Beschwerden werden dabei ebenso untersucht und auf der Basis internationaler Übereinkommen, wie etwa des UN-Zivilpakts²⁶, bewertet. Nach der Wahl stellen WahlbeobachterInnen Empfehlungen für mögliche Reformen zur Verfügung.

Internationale Wahlbeobachtung als außenpolitisches Instrument zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten ist vor allem durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)²⁷ und die Europäische Union (EU)²⁸ bekannt. Für die OSZE ist es Bestandteil der gegenseitigen Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten, WahlbeobachterInnen in andere Mitgliedsländer zu entsenden. Unabhängige WahlbeobachterInnen halten sich an die Prinzipien der Unparteilichkeit und Nicht-Einmischung²⁹ und sind von parteilich nominierten WahlzeugInnen zu unterscheiden, die in vielen Ländern – auch in Österreich – üblich sind.

Österreich entsendet WahlbeobachterInnen durch das Außenministerium zu Missionen der OSZE und der EU. In Österreich wurden Wahlen bisher fünfmal durch die OSZE beobachtet, unter anderem anlässlich der Wiederholung der Bundespräsidenten-Stichwahl 2016. Dabei wurde festgestellt, dass solide Rahmenbedingungen und rechtliche Grundlagen für Wahlen bestehen, aber auch, dass nicht alle bisherigen Empfehlungen der OSZE umgesetzt wurden – unter anderem solche, die die Zusammensetzung der Wahlgremien, die Wahlkampffinanzierung als auch die Zulassung von nationalen WahlbeobachterInnen betreffen.

Entgegen bisheriger Empfehlungen ist nationale Wahlbeobachtung, d.h. durch ÖsterreicherInnen in Österreich selbst, rechtlich nicht vorgesehen. Würde Österreich im Rahmen der OSZE eingegangene Verpflichtungen umsetzen und die Gesetzeslage ändern, könnte es als Gastgeberland der OSZE auch ein gutes Beispiel für Länder mit weniger ausgeprägter demokratischer Praxis bieten.

 WAHLBEOBACHTUNG.ORG

www.wahlbeobachtung.org

Vor der Nationalratswahl 2013 gründeten österreichische WahlbeobachterInnen mit internationaler Arbeitserfahrung die unabhängige Initiative wahlbeobachtung.org, um zur Verbesserung österreichischer Wahlprozesse und des demokratischen Systems beizutragen. Seither untersucht wahlbeobachtung.org österreichische Wahlen soweit es die Rechtslage erlaubt, betreibt Politische Bildung für JungwählerInnen und setzt sich für Wahlreformen ein – insbesondere für eine Öffnung des Wahlbesitzes, um auch interessierten, nicht parteigebundenen und vor allem jüngeren Personen die Mitwirkung im Wahllokal zu erlauben. Um bestehendes Wissen zu Wahlen und Demokratie zu vertiefen, bietet das Team von wahlbeobachtung.org Schulworkshops mit Anschauungsbeispielen aus der internationalen Wahlbeobachtungspraxis speziell für Jungwähler und Jungwählerinnen an:

kontakt@wahlbeobachtung.org

26 Der UN-Zivilpakt ist ein völkerrechtlich bindendes Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen und gilt zusammen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem UN-Sozialpakt als Internationaler Menschenrechtskodex.

27 OSCE/ODIHR – Elections www.osce.org/odihr/elections

28 EU Election Observation Missions (EU EOMs) https://eeas.europa.eu/topics/election-observation-missions-euoms/421/election-observation-missions-euoms_en

29 Declaration of Principles for International Election Observation and Code of Conduct for International Election Observers www.osce.org/odihr/elections/215556

8 WAHLKAMPF UND WAHLPROGNOSEN

8.1 WAHLKAMPF

Der Wahlkampf bietet wahlwerbenden Parteien die Möglichkeit, ihre KandidatInnen, Programme und Ziele zu präsentieren bzw. sich hinsichtlich aktueller Themen zu positionieren. Auch für die Mobilisierung der Parteimitglieder ist der Wahlkampf – und die Berichterstattung darüber – von Bedeutung. Dazu betreiben Parteien zu meist einen großen finanziellen Aufwand für Wahlwerbung (Inserate, Wahlplakate, Radio- und Fernsehspots, Kampagnen in den sozialen Medien etc.).

> TIPP LINK

Wahlkampfausgaben der Parteien (Parteispenden.at)
www.parteispenden.at/wahlkampfausgaben

8.2 WAHLPROGNOSEN

Meinungsforschungsinstitute erstellen laufend und verstärkt im Vorfeld von Wahlen Prognosen über das Abstimmungsverhalten der WählerInnen.³⁰ Besonders bekannt ist die so genannte „Sonntagsfrage“.³¹

Sie werden dabei entweder von Medien (Fernsehsendern, Zeitungen, Magazinen) beauftragt oder direkt von den Parteien. Diese Prognosen machen oft die Wahlkampfberichterstattung spannender („Kopf-an-Kopfrennen“, „Kampf um den Einzug ins Parlament“ etc.) und können zu gesteigertem Interesse an der politischen Berichterstattung beitragen. Ein Problem im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Umfrageergebnissen stellt sich, wenn Mindeststandards einer qualitativvollen Berichterstattung nicht eingehalten werden, wie:

- Basisinformationen wie Name des Forschungsinstituts, AuftraggeberIn, Größe und Reichweite der Stichprobe
- Angabe der Schwankungsbreite³²
- Angabe des genauen Wortlauts der Fragestellung
- Angabe des Prozentsatzes der Befragten, die die jeweilige Frage nicht beantwortet haben
- deutliche Trennung von Umfrageergebnissen und Kommentierung bzw. Interpretation

> TIPP ERLASS

Unzulässigkeit von parteipolitischer Werbung an Schulen

Erlass des Bildungsministeriums u.a. dazu, was bei der Einladung von PolitikerInnen an Schulen zu beachten ist. Linktipp: http://bildung.bmbwf.gv.at/ministerium/rs/2008_13.html

> TIPP DISKUSSION

Stichwort „Inseratenaffäre“ – geschönte Umfragen und erkaufte positive Berichterstattung im Vorfeld der Nationalratswahl 2017. Die SchülerInnen recherchieren, welches Budget den antretenden Parteien 2017 für Wahlwerbung zur Verfügung stand und wie viele Inserate es gab. Diskutieren Sie mit den SchülerInnen unter diesem Aspekt die Frage: Wie fair sind Wahlen in Österreich?
www.dossier.at/dossiers/inserate/das-gekaufte-oesterreich



BEITRAG ZUR LESEFÖRDERUNG



Generation Z. Zwischen Selbstverwirklichung, Insta-Einsamkeit und der Hoffnung auf eine bessere Welt
Valentina Vapaux.
München: Gräfe und Unzer Verlag, 2021.
ISBN 978-3-8338-7876-3.

Die Journalistin und Influencerin setzt sich in diesem Buch mit der aktuellen Jugendkultur auseinander u.a.: Inwieweit prägt Social Media klassische Geschlechterrollen, wie politisch sind die „Z s“? Die Themen sollen junge LeserInnen auf gesellschaftsrelevante Fragen aufmerksam machen.

³⁰ Vgl. hier und im Folgenden: Melischek, Gabriele: Der publizierte WählerInnenwille. In: WählerInnenwille, S. 23ff

³¹ Diese Bezeichnung bezieht sich auf die Frage, welche Partei bzw. Person die Befragten wählen würden, „wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären“.

³² Das Fehlen dieser Angabe bzw. falsche Angaben können u.U. dazu führen, dass WählerInnen die von ihnen präferierte Kleinpartei nicht wählen, weil die Prognosen ein Scheitern an der Vierprozenthürde vorhersagen und sie befürchten, eine „verlorene Stimme“ abzugeben.

8.3 UNTERRICHTSIDEIE: WAHLWERBUNG IN PRINTMEDIEN ANALYSIEREN

Dauer	1 Unterrichtseinheit
Schulstufe	ab der 7. Schulstufe
Methode	Gruppenarbeit, Analyse
Kompetenzen	Politikbezogene Methodenkompetenz, Urteilskompetenz
Ziel	Wahlwerbung anhand eines Schemas analysieren und begründet bewerten
Vorbereitung / Materialien	<ul style="list-style-type: none"> • Analyseschema ausdrucken (evtl. auf A3), jeweils ein bis zwei Exemplare pro Gruppe • Anzeigen wahlwerbender Parteien aus Printmedien suchen bzw. die SchülerInnen auffordern, selbst Beispiele in Printmedien zu finden.
Methodisch- didaktische Hinweise	Da Parteien ihre Werbemittel zielgruppenorientiert einsetzen, empfiehlt es sich, Anzeigen aus mehreren unterschiedlichen Printmedien, jedenfalls aber von den meistgenutzten der jungen Menschen anzuschauen. Um Objektivität zu wahren und Überwältigung zu vermeiden, müssen Anzeigen aller kandidierenden Parteien, welche inserieren (nicht alle tun das oder können sich dies auch leisten – auch dies gilt es zu thematisieren), gesammelt und zur Verfügung gestellt werden.
Ablauf	<ul style="list-style-type: none"> • Variante 1: Jede Gruppe analysiert eine Anzeige – es sollte bei der Verteilung der Anzeigen darauf geachtet werden, dass alle inserierenden Parteien in gleicher Anzahl vertreten sind. • Variante 2: Jede Gruppe analysiert zwei unterschiedliche Anzeigen derselben Partei. Auf diese Art und Weise ist es möglich, eine bestimmte Werbelinie der Partei besser zu erkennen. • Variante 3: Jede Gruppe analysiert jeweils zwei unterschiedliche Anzeigen unterschiedlicher Parteien. Durch den Vergleich sind Unterschiede zwischen den Werbelinien der Parteien besser zu erkennen. <ol style="list-style-type: none"> 1. Die SchülerInnen bilden Gruppen zu drei bis vier Personen. Jede Gruppe erhält – je nach gewählter Variante – ein oder zwei Exemplare des Analyseschemas. 2. Die SchülerInnen tragen ihre Überlegungen und Beobachtungen in das Analyseschema ein. 3. Anschließend werden die Ergebnisse in einem Klassengespräch ausgetauscht. 4. In einem weiteren Schritt werden die SchülerInnen aufgefordert, zumindest eine Anzeige zu bewerten: <i>Welche Anzeige spricht dich besonders an oder löst Widerstand bei dir aus? Begründe deine Meinung.</i> <p>Vertiefung ab der 8. Schulstufe mit Fokus digitale Medien <i>polis</i> aktuell 5/2017: www.politik-lernen.at/pa_8.schulstufe Informationen zur Politischen Bildung 43/2018: Medien und politische Kommunikation www.politik-lernen.at/izpb43_medienundpolitischekommunikation</p>
	Adaptiert nach: Elfriede Windischbauer: Wahlwerbungen in Printmedien analysieren. In: Ammerer, Heinrich; Krammer, Reinhard; Windischbauer, Elfriede: Politische Bildung konkret. Beispiele für kompetenzorientierten Unterricht. Wien: Edition <i>polis</i> , 2009. Seiten 46-48. www.politik-lernen.at/diagnoseaufgabenmitbildern
Online unter	www.politik-lernen.at/wahlwerbung_printmedien

KOPIERVORLAGE: ANALYSESCHEMA

Anzeige (Titel/Text, Medium, Partei)

Wie wirkt diese Anzeige beim ersten Betrachten auf euch? Welche Worte fallen euch dazu ein?

Beschreibt genau: Wer/was ist im Vordergrund zu sehen?

Beschreibt genau: Wer/was ist im Hintergrund zu sehen?

Was wird im Text mitgeteilt? Fällt euch etwas im Hinblick auf die Sprache auf?

Welche Farben werden oft verwendet und welche Bedeutung haben sie?

Werden Symbole (Icons, Memes) verwendet? Wofür stehen sie?

An welche Zielgruppe(n) richtet sich die Anzeige?

Was ist die Hauptaussage (Botschaft) der Anzeige?

Dossier Wahlen

Zusammenstellung von Zentrum *polis* mit Materialentipps, Plattformen und Angeboten zum Thema.

www.politik-lernen.at/wahlen

Datenbank mit Unterrichtsideen von Zentrum *polis*

Stundenbilder und im Unterrichtsalltag umsetzbare Projektideen, u.a. zu Wahlen und Demokratie lernen.

www.politik-lernen.at/praxisboerse

Politik und Wahlen

Demokratiezentrum Wien

Unterrichtsbeispiele dazu, wie Wahlen funktionieren, wer daran teilnimmt und wer sie beeinflusst.

www.demokratiezentrum.org/bildung/angebote/unterrichtsbeispiele/politik-und-wahlen

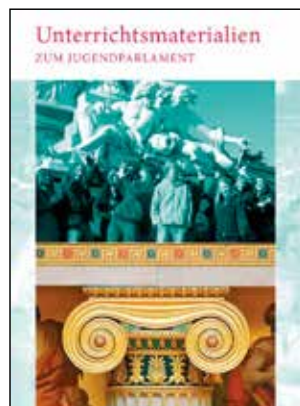
Wege der politischen Mitbestimmung in Österreich

Parlamentsdirektion (Hrsg.):

Unterrichtsmaterialien zum Jugendparlament, 2013.

Kopiervorlagen (Grafiken, Lückentexte etc.) für den Unterricht zu den Themen Wahlen, direkte Demokratie u.v.m.

www.reininsparlament.at/fileadmin/reininsparlament/Unterrichtsmaterial/Unterrichtsmaterialien.pdf



Wahlrecht für alle?

Haus der Geschichte Österreich

Unterrichtsbeispiel zur Entwicklung des Wahlrechts in Österreich.

www.hdgoe.at/UM_Die-Entwicklung-des-Wahlrechts-in-Oesterreich

Der WählerInnenwille

Forum Politische Bildung (Hrsg.): *Informationen zur Politischen Bildung 27/2007.*

Basisinformationen rund um das Thema politische Mitbestimmung im österreichischen politischen System werden in diesem Heft aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Einen Schwerpunkt stellt das Thema „Wählen ab 16“ dar.

www.politischebildung.com/informationen-zur-politischen-bildung/der-waehlerinnenwille

Wahlen und Wählen

Forum Politische Bildung (Hrsg.): *Informationen zur Politischen Bildung 41/2017.*

Die Informationstexte gehen den Fragen nach: „Warum sind Wahlen wichtig?“, „Welche Gremien werden gewählt?“, „Wer darf wählen und wer steht zur Wahl?“ und erläutern die Rolle des österreichischen Staatsoberhauptes.

www.politik-lernen.at/izpb41

Lernvideos

der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung *Wahlen und indirekte Demokratie*

www.youtube.com/watch?v=wjLeQ0fSknI

Wahlrechtsgrundsätze in Österreich

www.youtube.com/watch?v=7bLY82jUrPY

Thema im Unterricht: Wahlen für Einsteiger

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), 2020.

24 Arbeitsblätter mit Grundlagen zu Wahlen, Wahlbeteiligung, Wahlreformen, Wahlsysteme etc. mit Bezug zu Deutschland.

www.bpb.de/shop/lernen/thema-im-unterricht/36922/wahlen-fuer-einsteiger

KOMPASS – Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit

Deutsches Institut für Menschenrechte, Bundeszentrale für politische Bildung, Europarat (Hrsg.), akt. 2020.

Grundlagentexte zum Thema Demokratie und Wahlen sowie Unterrichtsideen, z.B. zu „Wählen oder nicht wählen?“

Printversion: www.bpb.de/shop/lernen/weitere/314731/kompass

Online-Handbuch: www.kompass-menschenrechte.de



unsereVerfassung

Der Verein zur Förderung politischer Bildung hat auf seiner Website auch Beiträge zu Wahlen, Regieren etc.

www.unsereverfassung.at

RECHTleicht.at – Politik verständlich machen

Parteiprogramme im „leichten Format“, Lexikon in leicht verständlicher Sprache u.v.m.

www.rechtleicht.at



Begriffsklärungen in leicht verständlicher Sprache finden sich im Politiklexikon für junge Leute, z.B. zu

BUNDESPRAESIDENT/BUNDESPRAESIDENTIN

www.politik-lexikon.at/bundespraesident-bundespraesidentin

NATIONALRATSWAHL

www.politik-lexikon.at/nationalratswahl

MEHRHEITSWAHL

www.politik-lexikon.at/mehrheitswahl

VERHÄLTNISSWAHL

www.politik-lexikon.at/verhaeltniswahl

WAHL

www.politik-lexikon.at/wahl

WAHLRECHT

www.politik-lexikon.at/wahlrecht



polis aktuell 2/2022:

Wahlen|wählen

AutorInnen dieser Ausgabe: Marion Wisinger, Ingrid Ausserer, Dorothea Steurer (Gastbeitrag von Michael Lidauer, Paul Grohma, Armin Rabitsch sowie Beiträge von akzente Salzburg, beteiligung.st, Bundesjugendvertretung, jugendornbirn)

Titelbild: pixabay

Grafische Elemente: freepik

Grafik: Susanne Klocker

Herausgeber:
Zentrum *polis* –
Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
T 01/353 40 20

- > service@politik-lernen.at
- > www.politik-lernen.at
- > twitter.com/Zentrum_polis
- > www.facebook.com/zentrumpolis

Zentrum *polis* arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Abteilung I/1 [Politische Bildung]. Projektträger: Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte

Monatlicher Newsletter:
> www.politik-lernen.at/newsletter

Die letzten Ausgaben auf einen Blick:

